

Bericht des Bürgermeisters zur Sitzung des Rates am 26. März 2019

IUS 2020 auf Norderney

Am letzten Wochenende fand zum 23. Mal die traditionelle Veranstaltung „Insulaner unner sück“ auf Baltrum statt, an der sich erfreulicherweise zahlreiche Norderneyer Vereine und Gruppierungen beteiligt und damit zu einem erfolgreichen Gelingen beigetragen haben. Darüber habe ich mich sehr gefreut und sage heute noch einmal öffentlich danke. Dieses Treffen der Inseln untereinander stellt längst nicht nur ein reines Veranstaltungsevent dar, sondern ist jedes Mal von neuen Bekanntschaften, Austausch, einer Menge Spaß und vor allem Zusammenhalt und Gastfreundschaft geprägt. Selbst wir Bürgermeister, die wir vielleicht nicht immer einer Meinung sein können, sind darüber in den letzten Jahren noch enger zusammenrückt, und das nicht nur beim gemeinsamen Singen. Es ist inzwischen, wie in der Presse richtig zu lesen war, wie eine große Familie. Im nächsten Jahr wird die Veranstaltung nach sieben Jahren vom 06.- 08. März wieder auf Norderney stattfinden, so dass wir als Gastgeber aufgerufen sind, das Treffen vorzubereiten und auszurichten. Nachdem sich schon einige Interessierte bereit erklärt haben, daran mitzuwirken, möchte ich schon heute dazu aufrufen und darum bitten, dass sich möglichst viele Vereine und Organisationen daran beteiligen und wir uns alle gemeinschaftlich einbringen, denn davon lebt diese Veranstaltung, aber auch die insulare Gemeinschaft untereinander und das macht sie aus. Ich freue mich jedenfalls, aktiv an den Vorbereitungen mitwirken zu dürfen.

Zusammenfassende Darstellung des Zielabweichungsverfahrens bezüglich der Offshore Windparks nordwestlich von Borkum

Es wurde bereits verschiedentliche darüber berichtet, dass der Energiekonzern Oersted (Oersted Energy Borkum Riffgrund West I GmbH, die Oersted Energy Borkum Riffgrund West II GmbH und die Northern Energy OWP West GmbH) beabsichtigt, nordwestlich der Insel Borkum verschiedene Offshore Windparks zu errichten („Borkum Riffgrund West I“, „Borkum Riffgrund West II“ und „OWP West“).

In dem betreffenden Gebiet gilt die Verordnung über die Raumordnung für die deutsche ausschließliche Wirtschaftszone in der Nordsee. Diese Verordnung beschränkt unter anderem die Nabenhöhe von Offshore – Windenergieanlagen auf maximal 125 m über NN. Damit sollen mögliche Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes, wie es von Land aus wahrgenommen wird, bzw. von Belangen des Tourismus so weit wie möglich minimiert werden.

Die Vorhabenträger haben bei dem hierfür zuständigen Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie (BSH) die Zulassung einer Abweichung von dem vorgenannten Ziel beantragt, so dass die an den betreffenden Standorten geplanten Offshore – Windenergieanlagen eine Nabenhöhe von bis zu 175 m erreichen dürfen. Bei einer Nabenhöhe von bis zu 175 m würde eine Gesamt Anlagenhöhe von bis zu 300 m erreicht werden. Zwar befinden sich die Anlagen in einer Entfernung bis zu 70 Kilometer, eine Sichtbarkeit ist dennoch nicht unwahrscheinlich.

Daher hat die Stadt Norderney in diesem sogenannten Zielabweichungsverfahren bei am 28.06.2018 (in Emden) und am 10.09.2018 (in Norddeich) stattgefundenen Veranstaltungen zur frühen Öffentlichkeitsbeteiligung ihre ablehnende Haltung vorgetragen. Die Stadt hat ihre Haltung in einem förmlichen Schreiben von Ende Januar nochmals bekräftigt und beantragt, die Anträge der Vorhabenträger auf Zielabweichung abzulehnen.

Anlässlich eines in der vorletzten Woche auf Norderney stattgefundenen Gesprächs mit Vertretern des BSH habe ich unser Bedenken nochmals deutlich bekräftigt.

Das BSH nahm die Bedenken zur Kenntnis, ließ aber durchblicken, dass es voraussichtlich eine positive Entscheidung zu Gunsten der Antragsteller geben werde und begründete dies mit der gemäß einer Studie nur geringen Sichtbarkeit von wenigen Tagen im Jahr (1,9 % Jahresstunden). Eine positive Entscheidung wird voraussichtlich als Verwaltungsakt ergehen. Nach Abschluss des Zielabweichungsverfahrens wird voraussichtlich ein Planfeststellungsverfahren durchgeführt.

Ohne den Vertretern des BSH zu nahe treten zu wollen, hatten die an den öffentlichen Veranstaltungen teilnehmenden Vertreter der Stadtverwaltung den deutlichen Eindruck einer gewissen Nähe/Sympathie des BSH zu den Plänen der Antragsteller. Dies mag vielleicht auch mit dem politischen und wirtschaftlichen Druck zusammenhängen, mit dem die Thematik verknüpft ist. Ich gehe heute davon aus, dass weitere Rechtsmittel unsererseits keine Aussicht auf Erfolg haben werden und überdies viel Geld kosten würden.

Wiederaufforstung Parkplatz C

Auf Parkplatz C wurden vor einigen Wochen im Rahmen einer dringend notwendigen Drainagemäßnahme ein paar Dutzend Bäume gefällt. Eine Maßnahme, die vorab ausdrücklich nicht mit mir kommuniziert wurde und von der auch ich überrascht worden bin.

Ich habe dieser Tage veranlasst, dass es in Kürze zwischen den Baumstümpfen, die noch entfernt werden, flächendeckend Neuanpflanzungen geben wird. Aufgrund der noch vorhandenen Baumwurzeln und der Problematik mit der Drainage haben wir uns unter fachlicher Anleitung auf niedrigwachsendes Gehölz verständigt, dass dem Parkplatz hoffentlich bald seinen alten Charakter zurückverleihen wird.

Rückbau Zäune im Wald/Dünen

Ich habe neulich die Domänenverwaltung um ein Gespräch hinsichtlich des optischen Zustandes der öffentlichen Wege im Ruppertsburger Wäldchen aber auch in verschiedenen Dünenbereichen gebeten. Die Kommune hat seit Jahrzehnten die Verpflichtung zur Wegeunterhaltung vom Land Niedersachsen übernommen. Im letzten Jahr wurden diese Verträge auf allen Inseln vereinheitlicht und aktualisiert. Da es im Zuge der lange währenden Vertragsverhandlungen zu einem Unterhaltungsstau seitens des Landes gekommen war, bietet sich dem Spaziergänger bis heute abseits der Wege ein nicht so schönes Bild in Form von abgängigen, kaputten und teils schon halb demontierten Stacheldrahtzäunen. Wir haben uns darauf verständigt, diese Zäune, die größtenteils in den siebziger und achtziger Jahren aufgestellt wurden, soweit wie möglich in einer Gemeinschaftsaktion zwischen Kommune und Land abzubauen. Nur die Zäune, die noch einen wirklichen Schutzzweck erfüllen und eine gute Stabilität aufweisen, sollen vorerst stehenbleiben.

Wir werden die weitere Entwicklung, insbesondere die vielleicht doch erforderliche Sinnhaftigkeit einzelner Zäune (Diszipliniertheit der Spaziergänger), im Auge behalten.

Entwurf eines Niedersächsischen Gesetzes über das Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum / § 22 BauGB / Personalwohnungsbau

Die Niedersächsische Landesregierung hat einen Gesetzesentwurf auf den Weg gebracht, mit dem künftig in Gebieten mit Wohnraummangel besser und schneller auf die Vernichtung von Dauerwohnraum reagiert werden könnte. Das neue „Gesetz über das Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum“ (NZwEWG) soll die Gemeinden ermächtigen, auf der Grundlage einer zu erlassenden Satzung gezielt gegen die Umwandlung von Dauerwohnraum in Ferienwohnungen, spekulativen Leerstand oder Abriss vorzugehen.

Wir begrüßen diese Gesetzesinitiative sehr, müssen aber leider feststellen, dass es hinsichtlich der Handhabung und Wirksamkeit noch einige Schwachstellen gibt, die in jedem Fall nachgebessert hätten werden müssen. So wird im Gesetz nicht zwischen einer Dauer- und einer Neben(Zweit)wohnung differenziert. Das würde in der Praxis bedeuten, dass die Umwandlung einer Dauer- und genauso einer Ferien- in eine Zweitwohnung aufgrund einer neuen Zweckentfremdungssatzung nicht geahndet werden könnte, was uns nicht wirklich weiterhilft. Gerade der Erhalt und die langfristige Sicherung von Dauerwohnraum sind existenziell wichtig, um den auf der Insel lebenden Menschen eine Heimat und eine Perspektive zu bieten.

Wie ich nun vor wenigen Stunden erfahren habe, wird der mir bekannte Gesetzesentwurf mit leider nur marginalen Änderungen morgen vom Niedersächsischen Landtag voraussichtlich verabschiedet werden. Leider wurde wohl seitens des Gesetzgebungs- und Beratungsdienst keine Möglichkeit gesehen, unseren Einwänden und Bedenken zu entsprechen. Wir müssen das Beste daraus machen.

In diesem Kontext wurde in Hannover auch die Frage an mich gerichtet, ob wir bereits eine Satzungsänderung bewirkt hätten, wonach neben der Begründung oder Teilung von Rechten nach dem Wohnungseigentumsgesetz (WEG) künftig auch die Bildung von Bruchteilseigentum dem Genehmigungsvorbehalt der Gemeinden unterworfen werden kann. Bekanntlich hat der Bundesgesetzgeber vor zwei Jahren dafür den Weg frei gemacht.

Während man auf einigen unserer Nachbarinseln die Umsetzung dieses neuen „Wohnraumsicherungsinstruments“ sofort auf den Weg gebracht hatte, so zum Beispiel auf der uns ähnlichen Insel Borkum fraktionsübergreifend geschehen, tut man sich in unseren Gremien noch schwer mit einer Satzungsänderung. An der grundsätzlichen Notwendigkeit, hier regulierend einzugreifen, besteht indessen kaum ein Zweifel.

Es wäre dem Gesetzgeber wahrscheinlich nur schwer zu vermitteln, dass die Inseln als Initiatoren dieser Rechtsänderung selbst die größten Bedenkensträger sind. Wir sollten daher auch in dieser Frage bald zu einer vernünftigen Lösung kommen.

Im Zuge der aktuellen Diskussionen zum Personalwohnungsbau bzw. zur städtebaulichen Verträglichkeit größerer Unterkünfte bedarf es sowohl planungsrechtlich einer Debatte als auch konkreter Lösungen, denn der Bedarf an zusätzlichem Wohnraum ist immens und muss kurz- bis mittelfristig gedeckt werden.

Sanierung Benekestraße 21/22

Ende November des letzten Jahres war uns seitens der Bauaufsichtsbehörde die Sanierungsbaustelle in der Benekestraße 21/22 vorläufig stillgelegt worden, weil man seitens der Denkmalschutzbehörde die Auffassung vertreten hatte, dass sich die seit Jahren in der Mühlen- und Benekestraße verwendeten Rottöne der Putzfassade nicht mit dem Umgebungsschutz des als Baudenkmal festgeschriebenen ehemaligen Verwaltungsgebäudes der heutigen Seeklinik verträgt. Eine Direktive, die bei uns zunächst auf großes Unverständnis und Kopfschütteln gestoßen war. Zwischenzeitlich wurden seitens des Denkmalschutzes okka- bzw. sandfarbene Töne gefordert. Nunmehr, nach drei Monaten, haben wir in einem gemeinsamen Ortstermin eine Lösung des Dilemmas gefunden.

Die Rottöne der Fassade werden ein bis zwei Nuancen heller, als die der bisher sanierten WGN-Mietwohnhäuser. Damit konnten alle Bedenken weitestgehend ausgeräumt werden.

Sanierung Lüttje Legde 7

Bei der Fassadensanierung der Lüttje Legde 7 befinden wir uns gut im Zeitplan. Die Montage der Fassade wird dieser Tage abgeschlossen. Die Anbringung der neuen Wintergärten erfolgt im April und die finalen Arbeiten sind für Anfang Mai geplant, so dass die Baumaßnahme in zwei Monaten komplett beendet sein sollte.

Umbau Rathaus

Nachdem die Räume des Reisebüros zum April frei werden, beginnen wir in den nächsten Wochen mit den notwendigen Umbauarbeiten, um den verwaltungs-internen Umzug vorzubereiten. Es ist beabsichtigt, die stark frequentierte Steuerabteilung in das Erdgeschoss zu verlegen und das Bürgerbüro sowohl datenschutzrechtlich zu modernisieren als auch den Wartebereich bürgerfreundlicher zu gestalten. Ich gehe davon aus, dass diese Arbeiten im Laufe des Monats Juni abgeschlossen sein werden.